

GEMEINDEORDNUNG

DER GEMEINDE GAIS

Version 20. Juni 2000

Teilrevision Gemeindeordnung (Art. 7, 8, 11, 13, 16 und 20)

von den Stimmberechtigten genehmigt am 30. November 2008

vom Regierungsrat Appenzell A.Rh. genehmigt am 3. Februar 2009

Gemeindeordnung der Gemeinde Gais

Die Einwohnergemeinde, gestützt auf Art. 102 Abs. 1 der Kantonsverfassung¹ und Art. 4 Abs. 1 des Gemeindegesetzes² beschliesst:

Grundlagen

Art. 1 Zweck³

Die Gemeindeordnung bestimmt die Organisation der Behörden und Verwaltung, Aufgaben und Befugnisse der Organe sowie die Mitwirkungsrechte der Stimmberechtigten der Gemeinde Gais im Rahmen von Verfassung und Gesetz.

Art. 2 Einwohnergemeinde⁴

Die Einwohnergemeinde ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit und umfasst sämtliche Personen, die auf dem Gebiet der Gemeinde wohnen.

Art. 3 Organe⁵

Die Organe der Gemeinde sind

- die Gesamtheit der Stimmberechtigten,
- der Gemeinderat,
- die Geschäftsprüfungskommission.

Art. 4 Allgemeine Bestimmungen

Es gelten die kantonalen Vorschriften für die ordentlichen Gesamterneuerungswahlen und die Ergänzungswahlen⁶

- die Unvereinbarkeit⁷
- die Amtsdauer⁸
- den Ausstand⁹
- die Protokollführung¹⁰

¹ bGS 111.1

² bGS 151.11

³ Vgl. Art. 102 Abs. 1 der Kantonsverfassung und Art. 4 Abs. 1 und 2 des Gemeindegesetzes

⁴ Vgl. Art. 100 Abs. 1 und 2 der Kantonsverfassung und Art. 2 des Gemeindegesetzes

⁵ Vgl. Art. 13 des Gemeindegesetzes

⁶ Art. 5 des Gemeindegesetzes

⁷ Art. 6 des Gemeindegesetzes und Art. 63 Kantonsverfassung

⁸ Art. 7 des Gemeindegesetzes

⁹ Art. 8 des Gemeindegesetzes

¹⁰ Art. 9 des Gemeindegesetzes

- die Schweigepflicht ¹¹
- Information und Akteneinsicht ¹² sowie
- Aufbewahrung und Archivierung ¹³

Die Stimmberechtigten

Art. 5 Gesamtheit der Stimmberechtigten

Die Stimmberechtigten üben ihre Rechte an der Urne aus.

Art. 6 Wahlen

Die Stimmberechtigten wählen nach dem Mehrheitswahlverfahren

- a) die verfassungsmässige Anzahl der Kantonsräte
- b) die Mitglieder des Gemeinderates und aus dessen Mitte den Gemeindepräsidenten oder die Gemeindepräsidentin
- c) die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission und aus deren Mitte den Präsidenten oder die Präsidentin
- d) den Vermittler oder die Vermittlerin

Art. 7 Obligatorisches Referendum

Der Volksabstimmung unterliegen

- a) Erlass und Änderung der Gemeindeordnung ¹⁴,
- b) Beschlussfassung über einmalige oder wiederkehrende neue Ausgaben nach Massgabe der Gemeindeordnung, soweit sie die Finanzkompetenz des Gemeinderats übersteigen und nicht dem fakultativen Referendum unterliegen ¹⁵,
- c) Einführung neuer Steuern und Abgaben, sofern das kantonale Recht keine abweichende Zuständigkeit vorsieht ¹⁶,
- d) Erlass, Aufhebung und Änderung allgemeinverbindlicher Reglemente der Gemeinde, sofern das kantonale Recht keine abweichende Zuständigkeit vorsieht ¹⁷,
- e) Vereinbarungen mit gesetzgebendem Charakter ¹⁸,
- f) Voranschlag und Steuerfuss der laufenden Rechnung ¹⁹,
- g) Änderungen des Gemeindegebietes, ausgenommen Grenzkorrekturen ²⁰,

¹¹ Art. 10 des Gemeindegesetzes

¹² Art. 11 des Gemeindegesetzes

¹³ Art. 12 des Gemeindegesetzes

¹⁴ Art. 15 Abs. 3 lit. a und Art. 17 Abs. 1 lit. a des Gemeindegesetzes

¹⁵ Art. 15 Abs. 3 lit. f und Art. 17 Abs. 1 lit. b und Art. 19 des Gemeindegesetzes

¹⁶ Art. 17 Abs. 1 lit. c des Gemeindegesetzes

¹⁷ Art. 15 Abs. 3 lit. b des Gemeindegesetzes

¹⁸ Art. 15 Abs. 3 lit. c des Gemeindegesetzes

¹⁹ Art. 15 Abs. 3 lit. e des Gemeindegesetzes

²⁰ Art. 15 Abs. 3 lit. g des Gemeindegesetzes

Art. 8 Fakultatives Referendum

Wenn mindestens 30 Stimmberechtigte dies innert 20 Tagen nach der amtlichen Bekanntmachung eines Beschlusses schriftlich verlangen, sind folgende Geschäfte zur Abstimmung zu bringen:

- a) Beschlüsse des Gemeinderats über einmalige neue Ausgaben oder Verminderungen von Einnahmen, welche die Gemeinde von Fr. 100'000.00 bis Fr. 200'000.00 belasten,
- b) Neue wiederkehrende Ausgaben oder Einnahmenreduktionen, welche die Gemeinde von Fr. 30'000.00 bis Fr. 60'000.00 belasten,
- c) Ankauf, Tausch oder Verkauf von Grundstücken mit einem Handänderungswert von über Fr. 500'000.00,
- d) Schaffung neuer und Abschaffung bestehender Stellen (ausgenommen Hausdienst- und Pflegepersonal der Heimbetriebe),
- e) die Mitgliedschaft in Zweckverbänden, die Genehmigung oder wesentliche Änderungen der Statuten von Zweckverbänden ²¹,
- f) Geschäfte, die ihnen durch besondere gesetzliche Bestimmungen zugewiesen sind ²².
- g) die Jahresrechnung.

Initiativrecht ²³

Art. 9 Gegenstand, Unterschriftenzahl

Mit einer Initiative können verlangt werden:

- die Totalrevision oder eine Teilrevision der Gemeindeordnung ²⁴,
- der Erlass, die Änderung oder die Aufhebung von Reglementen oder Beschlüssen, die dem obligatorischen oder dem fakultativen Referendum unterliegen ²⁵.

Eine Initiative muss von wenigstens 30 Stimmberechtigten unterzeichnet sein ²⁶.

Art. 10 Form

Die Initiative kann als allgemeine Anregung oder als ausgearbeiteter Entwurf eingereicht werden ²⁷.

Wird mit einer Initiative die Totalrevision der Gemeindeordnung ²⁸ oder der Erlass oder die Änderung von Plänen oder Vorschriften verlangt, für die ein Einspracheverfahren vorgeschrieben ist ²⁹, ist sie nur als allgemeine Anregung zulässig.

²¹ Art. 15 Abs. 3 lit. h des Gemeindegesetzes

²² Art. 15 Abs. 3 lit. i des Gemeindegesetzes

²³ Vgl. Art. 106 der Kantonsverfassung

²⁴ Art. 106 Abs. 4 i.V.m. Art. 51 Abs. 1 lit. a der Kantonsverfassung und Art. 49 Abs. 1 lit. a des Gesetzes über die politischen Rechte

²⁵ Art. 106 Abs. 1 der Kantonsverfassung; vgl. auch Art. 106 Abs. 4 i.V.m. Art. 51 Abs. 1 lit. b der Kantonsverfassung, Art. 49 lit. b des Gesetzes über die politischen Rechte

²⁶ Vgl. Art. 49bis Abs. 2 des Gesetzes über die politischen Rechte

²⁷ Art. 106 Abs. 2 der Kantonsverfassung; vgl. auch Art. 106 Abs. 4 i.V.m. Art. 52 der Kantonsverfassung, Art. 50 Abs. 1 des Gesetzes über die politischen Rechte

²⁸ Vgl. Art. 106 Abs. 4 i.V.m. Art. 52 der Kantonsverfassung und Art. 49 Abs. 1 des Gesetzes über die politischen Rechte

²⁹ Art. 106 Abs. 3 der Kantonsverfassung und Art. 50 Abs. 2 des Gesetzes über die politischen Rechte

Art. 11 Verfahren

Der Gemeinderat entscheidet über das Zustandekommen und die Gültigkeit der Initiative ³⁰.

Ganz oder teilweise ungültig ist eine Initiative, wenn sie ³¹

- a) dem Grundsatz der Einheit der Materie widerspricht,
- b) übergeordnetem Recht widerspricht,
- c) undurchführbar ist.

Initiativen sind an der nächsten Gemeinderatssitzung nach Einreichen zu behandeln.

Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Kantonsverfassung und des Gesetzes über die politischen Rechte ³².

Art. 12 Gegenvorschlag, doppeltes Ja

Der Gemeinderat kann Initiativen einen Gegenvorschlag gegenüberstellen. Die Stimmberechtigten können gültig sowohl der Initiative als auch dem Gegenvorschlag zustimmen und entscheiden, welche der beiden Vorlagen sie vorziehen, wenn beide angenommen werden sollten ³³.

Mitwirkungsrechte

Art. 13 Petitionsrecht ³⁴

Jede Person hat das Recht, Eingaben an den Gemeinderat zu richten und dafür Unterschriften zu sammeln. Es dürfen ihr daraus keine Nachteile erwachsen.

Der Gemeinderat hat die Pflicht, Petitionen inhaltlich zu prüfen und möglichst rasch zu beantworten.

Petitionen von allgemeinem Interesse sind im Amtlichen Publikationsorgan bekanntzumachen.

Art. 14 Volksdiskussion ³⁵

Wer in der Gemeinde wohnt, kann zu Sachvorlagen, die den Stimmberechtigten zu unterbreiten sind, dem Gemeinderat schriftlich Anträge einreichen.

³⁰ Art. 57 des Gesetzes über die politischen Rechte

³¹ Art. 106 Abs. 4 i.V.m. Art. 55 Abs. 2 der Kantonsverfassung

³² bGS 131.12

³³ Vgl. Art. 106 Abs. 4 i.V.m. Art. 54 der Kantonsverfassung

³⁴ Vgl. Art. 16 der Kantonsverfassung

³⁵ Vgl. Art. 56 der Kantonsverfassung

Art. 15 Vernehmlassungen ³⁶

Bei Vorlagen zu allgemeinverbindlichen Reglementen sowie bei anderen wichtigen Geschäften sind die interessierten Kreise zur Vernehmlassung einzuladen.

Die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens sind zu veröffentlichen.

Der Gemeinderat

Art. 16 Zusammensetzung

Der Gemeinderat besteht aus 7 Mitgliedern. Er konstituiert sich selbst.

Art. 17 Aufgaben und Befugnisse ³⁷ / im Allgemeinen

Der Gemeinderat ist das leitende, planende und vollziehende Organ der Gemeinde. Er übt alle Befugnisse aus, die nicht ausdrücklich den Stimmberechtigten vorbehalten oder einem anderen Organ übertragen sind.

Der Gemeinderat

- a) plant und koordiniert die Tätigkeiten der Gemeinde ³⁸,
- b) entwirft zuhanden der Stimmberechtigten Erlasse und Beschlüsse ³⁹,
- c) vollzieht die Beschlüsse ⁴⁰,
- d) organisiert und beaufsichtigt die Gemeindeverwaltung ⁴¹,
- e) vertritt die Gemeinde nach aussen ⁴²,
- f) erteilt das Gemeindebürgerrecht für schweizerische und ausländische Staatsangehörige.
- g) ist Wahlbehörde für das gesamte Gemeindepersonal, wobei er berechtigt ist, seine Wahlkompetenz an Kommissionen zu delegieren.

Art. 18 Finanzkompetenzen ⁴³

Der Gemeinderat erstellt zuhanden der Stimmberechtigten den Voranschlag und die Jahresrechnung.

Er beschliesst über:

³⁶ Vgl. Art. 57 der Kantonsverfassung

³⁷ Vgl. Art. 18 Abs. 1 + 2 der Gemeindegesetzes

³⁸ Vgl. Art. 18 Abs. 3 lit a der Gemeindegesetzes

³⁹ Vgl. Art. 18 Abs. 3 lit b der Gemeindegesetzes

⁴⁰ Vgl. Art. 18 Abs. 3 lit c der Gemeindegesetzes

⁴¹ Vgl. Art. 18 Abs. 3 lit d der Gemeindegesetzes

⁴² Vgl. Art. 18 Abs. 3 lit e der Gemeindegesetzes

⁴³ Art. 19 der Gemeindegesetzes

- a) gebundene Ausgaben und Änderungen im Finanzvermögen (soweit kein Fall von lit. d) vorliegt) ohne Beschränkung,
- b) über neue einmalige Ausgaben bis zum Betrag von Fr. 100'000.00,
- c) über neue wiederkehrende Ausgaben bis zum Betrag von Fr. 30'000.00,
- d) den Ankauf, Tausch oder Verkauf von Grundstücken mit einem Handänderungswert bis Fr. 500'000.00.

Art. 19 ausserordentliche Lagen ⁴⁴

Der Gemeinderat ergreift auch ohne ausdrückliche gesetzliche Grundlage Massnahmen, um eingetretenen oder unmittelbar drohenden ernsthaften Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu begegnen. Dabei ist er nicht an seine normalen Finanzkompetenzen gebunden.

Art. 20 Einberufung der Sitzungen, Beschlussfähigkeit

Der Gemeinderat versammelt sich ordentlicherweise jeden Monat einmal und ausserordentlicherweise so oft es die Geschäfte erfordern.

Der Gemeinderat ist beschlussfähig, wenn wenigstens 4 Mitglieder anwesend sind.

Bei Abstimmungen entscheidet die Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmgleichheit entscheidet der/die Vorsitzende.

Art. 21 Gemeindepräsident oder Gemeindepräsidentin ⁴⁵

Der Gemeindepräsident oder die Gemeindepräsidentin präsidiert den Gemeinderat.

Er oder sie leitet, plant und koordiniert die Arbeit des Gemeinderates.

Er oder sie trifft in dringenden Fällen die notwendigen vorsorglichen Massnahmen.

Er oder sie ist ausserdem in den vom kantonalen Recht bestimmten Bereichen zuständig.

Art. 22 Büro des Gemeinderates

Das Büro des Gemeinderates besteht aus dem Gemeindepräsidenten oder der Gemeindepräsidentin, dem Vizepräsidenten oder der Vizepräsidentin, einem weiteren Mitglied des Gemeinderates und dem Gemeindeschreiber oder der Gemeindeschreiberin mit beratender Stimme.

Es trifft in dringenden Geschäften im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates die notwendigen vorsorglichen Anordnungen. Darüber ist dem Gesamtgemeinderat sobald wie möglich Bericht zu erstatten.

⁴⁴ Art. 20 des Gemeindegesetzes

⁴⁵ Art. 21 des Gemeindegesetzes

Art. 23 Gemeindeschreiber oder Gemeindeschreiberin ⁴⁶

Der Gemeindeschreiber oder die Gemeindeschreiberin leitet die Gemeindekanzlei.

Der Gemeindeschreiber/die Gemeindeschreiberin führt das Protokoll des Gemeinderates und hat beratende Stimme. Er/sie fertigt die Beschlüsse des Gemeinderates aus, welche vom Gemeindepräsidenten/der Gemeindepräsidentin und dem Gemeindeschreiber/der Gemeindeschreiberin zu unterzeichnen sind.

Die übrigen Funktionen werden ihm/ihr durch den Gemeinderat zugewiesen, soweit sie nicht durch die Gesetzgebung bestimmt sind.

Die Geschäftsprüfungskommission

Art. 24 Zusammensetzung

Die Geschäftsprüfungskommission besteht aus 5 Mitgliedern.

Art. 25 Aufgaben ⁴⁷

Die Geschäftsprüfungskommission prüft die Gemeinderechnung nach den Bestimmungen des Finanzhaushaltsgesetzes.

Sie prüft die Geschäftsführung des Gemeinderates und der gesamten Gemeindeverwaltung. Sie hat das Recht auf Einsichtnahme in die Protokolle des Gemeinderates und der übrigen Behörden.

Zu ihrer Unterstützung kann sie eine externe, fachkompetente Revisionsfirma beiziehen.

Die Geschäftsprüfungskommission erstattet den Stimmberechtigten schriftlich Bericht und Antrag und stellt wo nötig Anträge für Massnahmen. Der Gemeinderat ist vorgängig anzuhören.

Kommissionen

Art. 26 Befugnisse, Rücktritt

Der Gemeinderat kann ständige Kommissionen einsetzen oder besondere Kommissionen mit der Vorbereitung einzelner Geschäfte betrauen. Der Gemeinderat ist für die Tätigkeit dieser Organe verantwortlich.

In Kommissionen können Gemeindeeinwohner und auswärtige Fachleute gewählt werden.

In den Kommissionen ist ein Gemeinderatsmitglied vertreten und die Kommissionen werden in der Regel von einem Gemeinderatsmitglied präsiert. Ihre Tätigkeit richtet sich nach dem Auftrag und den vom Gemeinderat festgelegten Kompetenzen.

⁴⁶ Art. 22 des Gemeindegesetzes

⁴⁷ Art. 23 des Gemeindegesetzes

Die Kommissionen haben ihre Budgets einzuhalten. Wenn dringende unvorhergesehene Mehrauslagen notwendig werden, ist beim Gemeinderat ein Nachtragskredit einzuholen, bevor die Auslagen entstehen.

Für den Rücktritt aus Kommissionen und Beamtungen gelten die gleichen Fristen wie für den Gemeinderat⁴⁸. Der Rücktritt aus dem Gemeinderat bedingt auch die Demission aus Kommissionen und Rückgabe der vom Gemeinderat vergebenen Delegierten-Mandate. Wer demissioniert kann mit bisherigen oder neuen Aufgaben betraut werden.

Der Gemeindepräsident/die Gemeindepräsidentin ist berechtigt, mit beratender Stimme an den Sitzungen von gemeinderätlichen Kommissionen teilzunehmen.

Finanzhaushalt

Art. 27 Finanzhaushalt

Die Gemeinde führt den Finanzhaushalt nach Massgabe der Bestimmungen des kantonalen Finanzhaushaltsgesetzes⁴⁹.

Rechtsschutz

Art. 28 Rechtsmittel, Aufsichtsbeschwerde⁵⁰

Unter Vorbehalt abweichender gesetzlicher Bestimmungen kann innert 20 Tagen gegen Verfügungen von Kommissionen und Amtsstellen Rekurs beim Gemeinderat und gegen Verfügungen des Gemeinderates Rekurs an den Regierungsrat erhoben werden.

Voraussetzungen und Verfahren richten sich nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege⁵¹. Vorbehalten bleiben abweichende kantonale Regelungen.

Beschwerden wegen Verletzung des Stimmrechts sowie Unregelmässigkeiten bei der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen richten sich nach den Bestimmungen des Gesetzes über die politischen Rechte⁵².

Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 29 Inkrafttreten

Diese Gemeindeordnung tritt nach der Annahme durch die Stimmberechtigten und mit der Genehmigung des Regierungsrates⁵³ in Kraft. Sie ersetzt das Gemeindereglement vom 2. Dezember 1979 mit Teilrevisionen vom 12. März 1989 und 3. März 1991.

⁴⁸ Art. 42bis Gesetz über die politischen Rechte

⁴⁹ bGS 612.0 und Art. 39 des Gemeindegesetzes

⁵⁰ Vgl. Art. 45 und 46 des Gemeindegesetzes

⁵¹ bGS 143.1

⁵² bGS 131.12

⁵³ Vgl. Art. 102 Abs. 2 der Kantonsverfassung und Art. 4 Abs. 3 des Gemeindegesetzes

Anhang / Auszüge aus kantonalen Gesetzen (Stand 29. November 2012)

Die vollständigen Gesetze können auf der Gemeindekanzlei eingesehen oder bei der Kantonskanzlei bezogen werden.

Verfassung des Kantons Appenzell A.Rh.

bGS 111.1

vom 30. April 1995 (Stand 1. Januar 2011)

Art. 16 Petitionsrecht

Jede Person hat das Recht, Eingaben an Behörden zu richten und dafür Unterschriften zu sammeln. Es dürfen ihr daraus keine Nachteile erwachsen.

Die Behörden haben die Pflicht, Petitionen inhaltlich zu prüfen und möglichst rasch zu beantworten.

Art. 51 Volksinitiative; Gegenstand, Unterschriftenzahl

Mit einer Volksinitiative können verlangt werden:

- a) die Totalrevision oder eine Teilrevision der Verfassung
- b) der Erlass, die Aufhebung oder Änderung von Gesetzen und von Beschlüssen, die der Volksabstimmung unterstehen.

Eine Volksinitiative muss von wenigstens 300 Stimmberechtigten unterzeichnet sein.

Art. 52 Volksinitiative; Form

Volksinitiativen können als allgemeine Anregung oder, sofern sie nicht die Totalrevision der Verfassung verlangen, als ausgearbeitete Vorlagen eingereicht werden.

Art. 55 Volksinitiative; Verfahren

Der Regierungsrat entscheidet über das Zustandekommen, der Kantonsrat über die Gültigkeit der Initiativen.

Ganz oder teilweise ungültig ist eine Initiative, wenn sie

- a) dem Grundsatz der Einheit der Materie widerspricht,
- b) übergeordnetem Recht widerspricht oder
- c) undurchführbar ist.

Volksinitiativen sind möglichst rasch zu behandeln.

Art. 56 Volksdiskussion

Wer im Kanton wohnt, kann zu Sachvorlagen, die dem obligatorischen oder fakultativen Referendum unterliegen, dem Kantonsrat schriftliche Anträge einreichen und diese nach Massgabe der Geschäftsordnung vor dem Rat persönlich begründen.

Art. 57 Volksinitiative; Vernehmlassungen

Bei Verfassungs- und Gesetzesvorlagen sowie bei anderen wichtigen Geschäften sind die interessierten Kreise zur Vernehmlassung einzuladen.

Die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens sind zu veröffentlichen.

Art. 63 Unvereinbarkeit

Niemand kann gleichzeitig angehören

- a) dem Kantonsrat, dem Regierungsrat und einem kantonalen Gericht;
- b) dem Ober- oder Kantonsgericht und einem Gemeinderat oder dem Personal des Kantons und seiner Anstalten;
- c) dem Regierungsrat und einem Gemeindeparlament oder einem Gemeinderat;
- d) dem Kantonsgericht und dem Obergericht;
- e) als Mitglied einer Schlichtungsbehörde einem kantonalen Gericht.

Ausser dem Kantonsrat dürfen der gleichen Behörde nicht gleichzeitig angehören:

Eltern und Kinder, Geschwister, Ehegatten sowie Partner und Partnerinnen einer eingetragenen Partnerschaft oder einer faktischen Lebensgemeinschaft.

Art. 67 Informationspflicht, Öffentlichkeit

Die Behörden des Kantons und der Gemeinden müssen das Volk frühzeitig und ausreichend informieren.

Die offizielle Information über Abstimmungsvorlagen soll eine freie Meinungsbildung ermöglichen.

Art. 100 Einwohnergemeinde

Einzigste Gemeindeart im Kanton ist die Einwohnergemeinde.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit.

Sie erfüllt alle örtlichen Aufgaben, die nicht vom Bund oder vom Kanton wahrgenommen werden und die nicht sinnvollerweise Privaten überlassen bleiben.

Art. 102 Organisation

Die Gemeinden legen ihre Organisation im Rahmen von Verfassung und Gesetz in einer Gemeindeordnung fest.

Die Gemeindeordnung unterliegt der Volksabstimmung und bedarf zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung durch den Regierungsrat.

Art. 105 Stimmrecht

Das Stimmrecht in der Gemeinde steht allen Personen zu, die in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigt sind.

Die Gemeinden können das Stimmrecht ausserdem Ausländerinnen und Ausländern erteilen, die seit zehn Jahren in der Schweiz und davon seit fünf Jahren im Kanton wohnen und ein entsprechendes Begehren stellen.

Art. 106 Initiativrecht

Mit einer Initiative kann der Erlass, die Änderung oder die Aufhebung von Reglementen oder Beschlüssen verlangt werden, die dem obligatorischen oder dem fakultativen Referendum unterliegen.

Die Initiative kann als allgemeine Anregung oder als ausgearbeiteter Entwurf eingereicht werden.

Wird mit einer Initiative der Erlass oder die Änderung von Plänen oder Vorschriften verlangt, für die ein Einspracheverfahren vorgeschrieben ist, ist sie nur als allgemeine Anregung zulässig.

Art. 51 Abs. 1, Art. 52, Art. 54 und Art. 55 gelten im Übrigen sinngemäss.

Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege

bGS 143.1

vom 9. September 2002 (Stand 1. Januar 2011)

Art. 8 Ausstand

Personen, die eine Verfügung zu treffen oder vorzubereiten haben, treten in den Ausstand:

- a) wenn sie selbst, ihre Ehepartnerinnen oder Ehepartner, ihre Partnerinnen oder Partner bei einer eingetragenen Partnerschaft oder einer dauernden Lebensgemeinschaft, ihre direkten Vorfahrinnen oder Vorfahren und Nachkommen oder deren Ehepartnerinnen oder Ehepartner, deren Partnerinnen oder Partner bei einer eingetragenen Partnerschaft oder einer dauernden Lebensgemeinschaft, ihre Geschwister, ihre Adoptiv-, Pflege- oder Stiefeltern oder ihre Adoptiv-, Pflege- oder Stiefkinder an der Angelegenheit persönlich beteiligt sind;
- b) wenn sie bereits am Vorentscheid mitgewirkt haben;
- c) wenn sie eine Partei vertreten oder für eine Partei früher in derselben Sache tätig waren;
- d) wenn sie in Sachen einer juristischen Person am Ergebnis erheblich interessiert sind;
- e) wenn sie aus anderen Gründen in der Sache befangen sein könnten.

Ist der Ausstand streitig, so entscheidet bei Mitgliedern sowie bei der Aktuarin oder dem Aktuar einer Kollegialbehörde diese Behörde unter Ausschluss des Betroffenen, bei Einzelpersonen die Rechtsmittelinstanz und bei der Einzelrichterin oder beim Einzelrichter des Verwaltungsgerichts das Verwaltungsgericht.

Steht als Folge eines Ausstandsbegehrens die Beschlussfähigkeit einer Behörde in Frage, so entscheidet über den streitigen Ausstand

- a) für den Gemeinderat der Regierungsrat
- b) für den Regierungsrat das Obergericht

Art. 30 Rekurs, Grundsatz

Verfügungen können, soweit das Gesetz nichts anderes vorsieht, innert 20 Tagen mit Rekurs an die übergeordnete Verwaltungsbehörde weitergezogen werden.

Vor- und Zwischenentscheide sind anfechtbar, wenn sie für die Betroffenen einen Nachteil zur Folge haben, der sich später voraussichtlich nicht mehr beheben lässt; die Rekursfrist beträgt fünf Tage.

Art. 32 Berechtigung zum Rekurs

Zum Rekurs ist berechtigt, wer ein schutzwürdiges Interesse an der Aufhebung oder Änderung der angefochtenen Verfügung hat oder durch das Gesetz dazu ermächtigt ist.

Zur Wahrung eigener öffentlicher Interessen steht das Rekursrecht auch den Gemeinden sowie den anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten zu.

Gesetz über die politischen Rechte

bGS 131.12

vom 24. April 1988 (Stand 1. Januar 2011)

Art. 39 Besondere Bestimmungen über die Wahlen / erforderliches Mehr

Gewählt ist, wer das absolute Mehr der gültigen Stimmen erreicht hat. Dabei wird die Gesamtzahl der gültigen Kandidatenstimmen durch die Zahl der zu wählenden Behördemitglieder geteilt und das Ergebnis halbiert; die nächsthöhere ganze Zahl bildet das absolute Mehr. Haben mehr Kandidaten oder Kandidatinnen, als Behördenmitglieder zu wählen sind, das absolute Mehr erreicht, so ist gewählt, wer die meisten Stimmen erhalten hat. Wird das absolute Mehr nicht erreicht, so findet ein zweiter Wahlgang statt, bei welchem das relative Mehr entscheidet; neue Wahlvorschläge sind zulässig. Bei Stimmengleichheit ist ein weiterer Wahlgang durchzuführen.

Wer am zweiten Wahlgang teilnehmen will, hat dies bis spätestens am Mittwoch nach dem ersten Wahlgang der Gemeindekanzlei mitzuteilen.

Stehen im zweiten Wahlgang gleich viele Kandidaten oder Kandidatinnen zur Wahl, wie Behördemitglieder zu wählen sind, so gelten die zur Wahl stehenden Personen ohne Wahlakt als gewählt.

Art. 42^{bis} Wahlablenkung, Rücktritt

Wer für ein Amt vorgeschlagen wird, eine Wahl aber nicht annehmen will, hat die Wahlablehnung vor Ende der Wahl bekanntzugeben; andernfalls ist das Amt mindestens während einer Amtsdauer zu versehen.

Der Rücktritt aus kantonalen Behörden ist spätestens bis Ende November, der Rücktritt aus dem Kantonsrat und aus kommunalen Behörden ist spätestens bis Ende Januar schriftlich zu erklären.

Zurücktretende bleiben bis zum Amtsantritt der Neugewählten im Amt.

Art. 49 Volksinitiative / Gegenstand der Initiative

Mit einer Volksinitiative kann verlangt werden

a) im Kanton:

1. die Totalrevision oder eine Teilrevision der Verfassung
2. der Erlass, die Aufhebung oder Änderung von Gesetzen und von Beschlüssen, die der Volksabstimmung unterstehen (Art. 51 Abs. 1 lit. b KV).

b) in der Gemeinde: der Erlass, die Änderung oder die Aufhebung von Reglementen oder Beschlüssen, die dem obligatorischen oder fakultativen Referendum unterliegen (Art. 106 Abs. 1 KV).

Art. 49 bis Volksinitiative / Unterschriftenzahl

Eine kantonale Volksinitiative muss von wenigstens 300 Stimmberechtigten unterzeichnet sein (Art. 51 Abs. 2 KV).

Die für kommunale Initiativen erforderliche Unterschriftenzahl wird durch das Gemeinde-reglement festgelegt.

Art. 50 Volksinitiative / Form

Volksinitiativen können als allgemeine Anregung oder, sofern sie nicht die Totalrevision der Kantonsverfassung verlangen, als ausgearbeitete Vorlage eingereicht werden (Art. 52 Abs. 1 KV).

Wird mit einer Initiative der Erlass oder die Änderung von Plänen oder Vorschriften verlangt, für die ein Einspracheverfahren vorgeschrieben ist, so ist sie nur als allgemeine Anregung zulässig (Art. 106 Abs. 3 KV).

Art. 53 Volksinitiative, Vorprüfung

Sowohl bei kantonalen als auch bei kommunalen Volksinitiativen muss das Initiativkomitee vor Beginn der Unterschriftensammlung durch die Kantonskanzlei prüfen lassen, ob die Unterschriftenlisten den gesetzlichen Erfordernissen entsprechen.

Die Kantonskanzlei teilt dem Initiativkomitee das Ergebnis der Vorprüfung innert Monatsfrist mit.

Art. 57 Volksinitiative, Zustandekommen und Gültigkeit in den Gemeinden

Bei kommunalen Initiativen obliegt die Prüfung im Sinne von Art. 56 Abs. 1 der Gemeindekanzlei. Über das Zustandekommen entscheidet der Gemeinderat.

Über die Gültigkeit entscheidet der Gemeinderat; in Gemeinden mit Gemeindeparlament liegt der Entscheid beim Parlament.

Gemeindeggesetz

bGS 151.11

vom 7. Juni 1998 (Stand 1. Januar 2011)

Art. 2 Einwohnergemeinde

Die einzige Gemeindeart im Kanton ist die Einwohnergemeinde. Sie erfüllt alle örtlichen Aufgaben, die nicht vom Bund oder vom Kanton wahrgenommen werden und die nicht sinnvollerweise Privaten überlassen bleiben.

Art. 4 Gemeindeordnung

Die Gemeinden legen ihre Organisation im Rahmen von Verfassung und Gesetz in der Gemeindeordnung fest.

Die Gemeindeordnung bestimmt die Organisation der Behörden und Verwaltung, Aufgaben und Befugnisse der Organe sowie die Mitwirkungsrechte der Stimmberechtigten.

Die Gemeindeordnung unterliegt der Volksabstimmung und bedarf zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung durch den Regierungsrat.

Art. 5 Wahlen

Die ordentlichen Gesamterneuerungswahlen und die Ergänzungswahlen finden in allen Gemeinden gleichzeitig statt. Der Regierungsrat legt den Wahltermin fest. Die neue Amtsdauer beginnt am 1. Juni.

Der Regierungsrat kann einer oder mehreren Gemeinden eine Verschiebung des Wahltermins bewilligen.

Art. 6 Unvereinbarkeit

Niemand kann gleichzeitig angehören:

- a) dem Gemeindeparlament und dem Gemeinderat
- b) dem Gemeinderat und der Geschäftsprüfungskommission

Ausser dem Gemeindeparlament dürfen der gleichen Behörde nicht gleichzeitig angehören: Eltern und Kinder, Geschwister, Ehegatten, Partner oder Partnerinnen einer eingetragenen Partnerschaft oder einer dauernden Lebensgemeinschaft.

Art. 7 Amtsdauer

Die Amtsdauer der von den Stimmberechtigten gewählten Mitglieder der Behörden richtet sich nach der Amtsdauer der kantonalen Behörden. Die Wahlen erfolgen für eine Amtsdauer oder für den Rest einer solchen.

Zurücktretende bleiben bis zum Amtsantritt der Neugewählten im Amt.

Art. 8 Ausstand

Mitglieder von Behörden und Angehörige der Gemeindeverwaltungen haben bei Geschäften, die sie betreffen, in den Ausstand zu treten.

Das Nähere bestimmt das Gesetz über das Verwaltungsverfahren.

Art. 9 Protokoll

Über die Verhandlungen jeder Gemeindebehörde wird ein Protokoll geführt. Dieses enthält die Beschlüsse und die wesentlichen Erwägungen.

Das Protokoll über die vorausgegangene Sitzung und die in der Zwischenzeit ergangenen Zirkulationsbeschlüsse sind zur Genehmigung zu unterbreiten, in der Regel in der nächsten Sitzung.

Art. 10 Schweigepflicht

Mitglieder der Behörden, Beamte und Angestellte sowie Dritte, die für die Gemeinde öffentliche Aufgaben erfüllen, sind zur Verschwiegenheit über amtliche Angelegenheiten verpflichtet, soweit es sich um Tatsachen und Verhältnisse handelt, deren Geheimhaltung das Interesse der Gemeinde oder der beteiligten Person erfordert.

Die Pflicht zur Verschwiegenheit bleibt auch nach dem Ausscheiden aus dem Amt bestehen.

Art. 11 Information und Akteneinsicht

Die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Information der Bevölkerung über die Tätigkeit der Behörden sowie das Recht auf Einsicht in amtliche Akten richtet sich nach den Bestimmungen der Kantonsverfassung und des Informationsgesetzes.

Allgemein verbindliche Beschlüsse der Gemeindebehörden sind zu veröffentlichen.

Art. 12 Aufbewahrung und Archivierung

Alle wichtigen Akten oder elektronisch gespeicherten Datenbestände sind aufzubewahren und durch angemessene technische und organisatorische Massnahmen vor Verlust, Zerstörung oder unbefugter Kenntnisnahme durch Dritte zu schützen.

Art. 13 Organe

Organe der Gemeinden sind:

- a) die Gesamtheit der Stimmberechtigten,
- b) der Gemeinderat,
- c) die Geschäftsprüfungskommission.

Die Gemeinden können als weiteres Organ ein Gemeindeparlament einführen.

Art. 17 Obligatorisches und fakultatives Referendum

Der obligatorischen Abstimmung unterliegen in jedem Fall:

- a) Erlass und Änderung der Gemeindeordnung
- b) Beschlussfassung über Ausgaben nach Massgabe der Gemeindeordnung,
- c) Einführung neuer Steuern und Abgaben, sofern das kantonale Recht keine abweichende Zuständigkeit vorsieht.

In der Gemeindeordnung können Befugnisse der Stimmberechtigten dem fakultativen Referendum unterstellt werden. Die Gemeindeordnung umschreibt die Voraussetzungen, insbesondere die erforderliche Unterschriftenzahl.

Art. 19 Gemeinderat / Finanzkompetenzen

Der Gemeinderat beschliesst über Ausgaben im Rahmen seiner Zuständigkeit. Über gebundene Ausgaben und Änderungen im Finanzvermögen beschliesst er ohne Beschränkung.

Art. 28 Grundsatz

Die Gemeinden arbeiten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit dem Kanton, unter sich und allenfalls mit ausserkantonalen Körperschaften und Anstalten zusammen.

Der Kanton fördert die Zusammenarbeit unter den Gemeinden. Der Kanton kann sich an der Aufgabenerfüllung durch die Gemeinden beteiligen oder den Gemeinden seine Dienste zur Verfügung stellen.

Art. 29 Pflicht zur Zusammenarbeit

Ist eine Aufgabe anders nicht zu erfüllen, kann der Regierungsrat zwei oder mehrere Gemeinden zur Zusammenarbeit verpflichten.

Art. 39 Finanzhaushalt

Die Gemeinden führen den Finanzhaushalt nach Massgabe der Bestimmungen des kantonalen Finanzhaushaltsgesetzes.

Art. 45 Rechtsmittel

Gegen Verfügungen von Behörden, die dem Gemeinderat untergeordnet sind, kann beim Gemeinderat Rekurs erhoben werden. Gegen Verfügungen des Gemeinderates oder des Gemeindeparlamentes sowie gegen letztinstanzliche Verfügungen der Organe von

Zweckverbänden, anderen Körperschaften und kommunalen Anstalten des öffentlichen Rechts ist unter Vorbehalt abweichender gesetzlicher Regelungen der Rekurs an den Regierungsrat möglich.

Voraussetzung und Verfahren richten sich nach den Bestimmungen des Gesetzes über das Verwaltungsverfahren (Verwaltungsrechtspflege).

Beschwerden wegen Verletzung des Stimmrechts sowie Unregelmässigkeiten bei der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen richten sich nach den Bestimmungen des Gesetzes über die politischen Rechte.

Art. 46 Aufsichtsbeschwerde

Gegen Beamte oder Angestellte sowie Verwaltungsbehörden und deren Mitglieder kann jederzeit bei der übergeordneten Behörde Aufsichtsbeschwerde erhoben werden, wenn kein Rechtsmittel möglich ist.

Finanzhaushaltsgesetz

bGS 612.0

vom 30. April 1995 (Stand 1. Januar 2011)

Art. 3 Gesetzmässigkeit der Ausgaben

Ausgaben sind Verwendungen von Finanzvermögen für die öffentliche Aufgabenerfüllung. Sie bedürfen einer hinreichenden gesetzlichen Grundlage.

Reine Umschichtungen des Finanzvermögens gelten nicht als Ausgaben.

Art. 4 Gebundene und neue Ausgaben

Eine Ausgabe ist gebunden, wenn die Behörden insbesondere in bezug auf ihren Umfang und den Zeitpunkt ihrer Vornahme keine erhebliche Handlungsfreiheit besitzen und sie:

- a) durch einen Rechtssatz grundsätzlich und dem Umfang nach vorgeschrieben oder
- b) die voraussehbare Folge eines von den Stimmberechtigten genehmigten vorausgehenden Grunderlasses oder
- c) zur Erfüllung der gesetzlich geordneten Verwaltungsaufgaben unbedingt erforderlich ist.

Art. 5 Umbauten und Einrichtungen

Umbauten oder Sanierungen, die der Erhaltung und dem Unterhalt des Werkes dienen, ohne den Zweck, das Erscheinungsbild oder die vorhandenen Kapazitäten erheblich zu verändern, gelten als gebunden, wenn sachlich, zeitlich und örtlich kein erheblicher Entscheidungsspielraum hinsichtlich der Realisierung des Vorhabens besteht.

Gebunden sind auch Ersatzbeschaffungen von Einrichtungen und Fahrzeugen für den bisherigen Verwendungszweck.

Art. 8 Finanzierungstransparenz

Bei allen Anträgen und Vorlagen ist die Finanzierung der damit verbundenen Ausgaben und der Folgekosten auszuweisen.

Ausserdem sind die Auswirkungen auf den Finanzplan aufzuzeigen.

Art. 9 Haushaltsgleichgewicht

Die Laufende Rechnung ist mittelfristig auszugleichen.

Sie darf nicht mit einem Aufwandüberschuss budgetiert werden, wenn ein Bilanzfehlbetrag besteht, der mehr als fünf Prozent der für das laufende Jahr budgetierten Staats- oder Gemeindesteuer beträgt.

Bilanzfehlbeträge sind innert längstens sieben Jahren abzutragen.

Art. 10 Sparsamkeit

Ausgabenbedürfnisse sind auf ihre Notwendigkeit und Tragbarkeit zu prüfen. Die Ausgaben sind in der Reihenfolge ihrer Bedeutung und Dringlichkeit vorzunehmen.

Bei der Antragstellung ist nachzuweisen, dass die Ausgaben mittelfristig gedeckt sind.

Teuerungsklauseln sind möglichst zu vermeiden.

Art. 12 Verursacherfinanzierung und Vorteilsabgeltung

Wer besondere Leistungen verursacht, hat in der Regel die Kosten zu tragen.

Für besondere wirtschaftliche Vorteile aus öffentlichen Einrichtungen oder Anordnungen sind in der Regel Vorzugslasten einzufordern.

Die Erhebung von Abgaben nach dem Verursacherprinzip darf keine wesentliche Veränderung der Staatsquote zur Folge haben.

Art. 44 Die verwaltungsexterne Finanzaufsicht der Gemeinde

Die verwaltungsexterne Finanzaufsicht dient der Rechnungsprüfung. Sie muss für ihre Revisionstätigkeit über die nötigen fachlichen Voraussetzungen verfügen.

Sie wird durch die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission (RPK) wahrgenommen.

Die RPK kann eine externe, fachkompetente Revisionsfirma zu ihrer Unterstützung heranziehen.

Aufgabe der verwaltungsexternen Finanzaufsicht ist namentlich:

- a) die Prüfung der Rechnungen der Gemeinde und ihrer unselbständigen Anstalten sowie die Abgabe entsprechender Kontrollberichte;

- b) die Überprüfung ob die verwaltungsinterne Finanzaufsicht funktionell sachdienlich organisiert ist;
- c) Prüfungen in Sonderfällen im Auftrag des Gemeinderates oder des Gemeindeparlamentes.

Die verwaltungsexterne Finanzaufsicht erstattet den Stimmberechtigten oder dem Gemeindeparlament schriftlich Bericht und stellt wo nötig Anträge für Massnahmen.

Gesetz über Information und Akteneinsicht (Informationsgesetz) bGS 133.1

vom 28. April 1996 (Stand 1. Mai 1996)

Art. 8 Grundsatz

Die Behörden des Kantons und der Gemeinden informieren die Öffentlichkeit frühzeitig und ausreichend über ihre Tätigkeit, soweit nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen entgegenstehen.